



Bundesministerium
des Innern

POSTANSCHRIFT Bundesministerium des Innern, 11014 Berlin

Herrn
Andrej Hunko, MdB
11011 Berlin

HAUSANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

POSTANSCHRIFT 11014 Berlin

TEL +49 (0)30 18 681-11117

FAX +49 (0)30 18 681-11019

INTERNET www.bmi.bund.de

DATUM 1. März 2018

BETREFF **Schriftliche Frage Monat Februar 2018**
HIER **Arbeitsnummer 2/216**

ANLAGE - 1 -

Sehr geehrter Herr Abgeordneter,

auf die mir zur Beantwortung zugewiesene Schriftliche Frage übersende ich Ihnen die beigefügte Antwort.

Mit freundlichen Grüßen
in Vertretung



Dr. Günter Krings

ZUSTELL- UND LIEFERANSCHRIFT Alt-Moabit 140, 10557 Berlin

VERKEHRSANBINDUNG S-Bahnhof Berlin Hauptbahnhof

Bushaltestelle Berlin Hauptbahnhof

Schriftliche Frage des Abgeordneten Andrej Hunko
vom 20. Februar 2018
(Monat Februar 2018, Arbeits-Nr. 2/216)

Frage

Was kann die Bundesregierung zu einer Initiative der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands mitteilen, mehr Druck auf Internetanbieter wie Facebook auszuüben, damit diese terroristische oder extremistische Inhalte schneller entfernen, wozu die Bundesregierung im Sommer vergangenen Jahres nach einer Vereinbarung von Staatspräsident Emmanuel Macron und Premierministerin Theresa May eingeladen worden war ("France eyes EU law to crack down on terrorists' use of social media", EURACTIV.com vom 16. Februar 2018), und auf welche Weise (wann und wie) soll die Wirksamkeit der freiwilligen Maßnahmen der Internetdienstleister von der Europäischen Kommission bewertet werden, was nach Auffassung der Bundesregierung eigentlich abgewartet werden sollte bevor über "die Erforderlichkeit eventueller zusätzlicher rechtlicher Maßnahmen" entschieden werden sollte (Antwort auf die BT-Drucksache 19/765)?

Antwort

Die Bundesregierung tritt gemeinsam mit den Regierungen Frankreichs und Großbritanniens dafür ein, die Unternehmen der Internetwirtschaft für freiwillige, proaktive und effektive Maßnahmen zu gewinnen, um terroristische Internetinhalte schneller von den jeweiligen Plattformen zu entfernen. Hierzu stimmen sich Vertreter der jeweiligen Regierungen ab, etwa im Vorfeld der Sitzungen des EU Internet Forums.

Der Bundesregierung ist bekannt, dass die Europäische Kommission derzeit eine Empfehlung zum Umgang mit rechtswidrigen einschließlich terroristischen Internetinhalten erarbeitet. Nach derzeitiger Kenntnis der Bundesregierung wird die Europäische Kommission in dieser Empfehlung auch auf eine Bewertung der bisherigen freiwilligen Maßnahmen eingehen.